

Positionspapier zum Lehrpersonenmangel

Der Lehrpersonenmangel stellt eine immer grössere, langfristige Herausforderung für die St. Gallischen Schulträger dar. Befragungen der Schulträger im Herbst 2021 und 2022 durch den Schulträgerverband bestätigen den akuten Fachkräftemangel in der Volksschule deutlich. So beurteilen 80% aller Schulträger die Rekrutierungssituation als angespannt bis alarmierend und fast ein Drittel geben an, nicht alle Stellen zufriedenstellend besetzt zu haben.

Die Hauptgründe für den Lehrpersonenmangel liegen gemäss SGV nebst dem allgemeinen Fachkräftemangel in der grossen Differenz zwischen künftigen Pensionierungen und der zu geringen Anzahl Ausbildungsabschlüsse an den pädagogischen Hochschulen, verbunden mit markant steigenden Schülerzahlen.

Der im März 2023 publizierte Bildungsbericht zeigt deutlich auf, dass die steigenden Schülerzahlen in der obligatorischen Schule in den kommenden Jahren den Bedarf an Lehrpersonen auf allen Stufen erhöhen wird. Ebenfalls wird im Bildungsbericht dargelegt, dass die Nachfragerücke zwischen dem Bedarf an Lehrpersonen und der Zahl der Abschlüsse an den Pädagogischen Hochschulen schweizweit bestehen bleibt.

Der Lehrpersonenmangel wird also auch in den nächsten Jahren die Schulen fordern. Nur gemeinsam mit den politischen Entscheidungsträgern kann die Situation entschärft und den Schulen damit der Fokus auf ihren Kernauftrag ermöglicht werden.

Der SGV arbeitet in der Arbeitsgruppe «Lehrpersonenmangel» mit und fordert folgende Massnahmen:

Kurzfristig

1. Schaffung einer dauerhaften Taskforce, um dem Lehrpersonenmangel entschieden zu begegnen
2. Attraktive und praxistaugliche, berufsintegrierte und/oder maximal flexible Studiengänge an der PHSG, einschliesslich der Möglichkeit zu Einzelfachabschlüssen
3. Unterstützungs- und Begleitmöglichkeiten für fach- und stufenfremdes Personal an den Volksschulen durch die PHSG
4. Erhöhung und Flexibilisierung der Löhne für Lehrpersonen ohne Ausbildung aufgrund der Vorbildung und Qualifikation

Mittelfristig

5. Anpassung der Kündigungsfrist für Lehrpersonen an die umliegenden Kantone
6. Schaffung von zusätzlichen Studienplätzen an der PHSG sowie attraktive, berufsbegleitende Ausbildungsmöglichkeiten für Quereinsteigende

7. Aufbau eines erweiterten Studiengangs SHP ohne Kontingentierung sowie Lohnanreiz für Oberstufenlehrpersonen mit Masterausbildung in SHP
8. Überprüfung der beruflichen Rahmenbedingungen und punktuelle Verbesserung (Vollpensum, Entlastung für Klassenlehrpersonen, Klassengrößen, Stundentafel)

Die gesetzliche Festsetzung von Mindestpensen für teilzeitbeschäftigte Lehrpersonen lehnt der SGV entschieden ab.

Die aktuelle Situation bringt gerade auf der Führungsebene einen erhöhten Mehraufwand und erfordert eine Stärkung der Schulleitungen vor Ort. Ebenfalls erachtet es der SGV als elementar, dass genügend Ausbildungsplätze für angehende Schulleitungen vorhanden sind und dass die Schulleitungsausbildung konzeptionell überprüft wird.

Die Schulträger vor Ort sind gefordert. Innerhalb ihres Handlungsspielraums können sie Berufseinsteigende in den Lehrberuf verstärkt unterstützen, die Bereitstellung von Betreuungsplätzen für Lehrpersonen mit Elternpflichten fördern sowie den Aufbau von betrieblichen Gesundheitsmanagement-Systemen an die Hand nehmen.

Vom SGV-Vorstand verabschiedet am 23. März 2023